



Auskunft erteilt:	Herr Mooz	Amt/EB:	40-Kultur- und Schulverwaltungsamt
Tel.:	0261 129 1913	e-mail:	sebastian.mooz@stadt.koblenz.de
Koblenz,	05.06.2023		

## **Niederschrift Nr.**

über die Sitzung des Schulträgerausschusses vom 10.05.2023

### **Anwesend sind:**

Vorsitzende/r des Gremiums Frau PD Dr. Margit Theis-Scholz,	Ratsfraktion Die LINKE-PARTEI Frau Annette Vollmar,
Vorsitzende/r Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Ulrike Bourry,	Ratsfraktion FDP Herr Josef Scherkenbach,
Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Christopher Bündgen, Frau Regina Walter,	Gremienmitglied Herr Bodo Dobbertin, Herr Marco Emmerich, Frau Clara Frühling, Frau Marion Gutberlet, Herr Hans-Georg Meier, c/o Eichendorff-Gymnasium Herr Carsten Müller,
Stv. Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Jutta Mannebach,	Stv. Gremienmitglied Herr Peter Degen, Herr Andreas Sauerbrey,
Ratsfraktion CDU Herr Stefan Hofmann, Herr Rudolf Kalenberg, Frau Anna-Carina Saneternik, Frau Monika Sauer,	Verwaltung Herr Josef Heinen, Herr Jürgen Karbach,
Ratsfraktion SPD Herr Heribert Heinrich, Herr Detlev Pilger, Frau Ute Wierschem,	Schriftführer/in Frau Maria Schmengler,
Stv. Ratsfraktion SPD Herr Fritz Naumann,	
Ratsfraktion FW Frau Gudrun Kühenthal,	
Ratsfraktion AfD Herr Fabian Geissler,	
Stv. Ratsfraktion WGS Frau Christina Frühling,	

## Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- Punkt 1: Sachstand diverse Baumaßnahmen  
Vorlage: UV/0084/2023
- Punkt 2: MINT-Region Koblenz  
Vorlage: UV/0087/2023
- Punkt 3: Projekt Erasmus plus  
Vorlage: UV/0086/2023
- Punkt 4: Sichere Schulwege  
Vorlage: UV/0085/2023
- Punkt 5: Sachstand Institut für Sportstättenentwicklung (ISE)  
Vorlage: UV/0082/2023
- Punkt 6: Einführung des Deutschlandticket (49€ Ticket)  
Vorlage: UV/0079/2023
- Punkt 7: Fragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Öffentliche Sitzung:

<b>Punkt 1: Sachstand diverse Baumaßnahmen</b> <b>Vorlage: UV/0084/2023</b>
--

### Der Ausschuss hat die Angelegenheit

- abschließend  ungeändert  geändert  ohne Beschlussempfehlung  beschlossen
- weitergeleitet  z. Kenntnis genommen  abgesetzt  verwiesen  vertagt  abgelehnt
- einstimmig  mehrheitlich mit \_\_\_\_\_ Enthaltungen und \_\_\_\_\_ Gegenstimmen

### Protokoll:

Die Vorsitzende verweist auf die Vorlage und begrüßt Herrn Heinen vom Zentralen Gebäudemanagement (ZGM).

RM Bourry erkundigt sich, wann mit der Baugenehmigung für die Clemens-Brentano- /Overberg-Realschule plus (CBORS+) zu rechnen sei.

Herr Heinen erklärt, dass dies im Moment noch nicht terminierbar sei, da die involvierte Umweltschutzbehörde personell nicht in der Lage sei dem Anliegen zeitnah nachzukommen. Gleichzeitig versuche das ZGM mittels der Erstellung von Leistungsverzeichnissen vorzuarbeiten und erkundige sich wöchentlich nach dem Stand der Baugenehmigung beim Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung (Amt 61). Allerdings, merkt Herr Heinen an, sei das ZGM nicht in das Baugenehmigungsverfahren eingebunden.

RM Bourry schlägt eine direkte Anfrage an Amt 61 vor.

RM Sauer möchte wissen, wann mit dem Beginn des Erweiterungsschulbaus der Grundschule (GS) Asterstein und dessen Fertigstellung zu rechnen sei.

Herr Heinen antwortet, dass die zwei Bauanträge bereits gestellt seien und man nun auf die Genehmigungsbescheide warte. Das ZGM erwarte die Bescheide noch in diesem Jahr zu erhalten und plane mit einer Bauzeit von achtzehn bis zwanzig Monaten.

RM Scherkenbach möchte mehr über die Baumaßnahmen der Pestalozzi-GS erfahren.  
Herr Karbach erläutert, dass man sich von Frau Zinndorf, der neuen Referentin der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD), die aktuellen Personenzahlen der Klassen hat geben lassen. Dadurch sei ersichtlich geworden, dass der geplante Baukörper im Moment schon zu klein sei. Ein Termin mit der ADD, SGS und Amt 40 sei für Ende Mai geplant um das weitere Vorgehen zu evaluieren und um eine bedarfsgerechten Bebauung zu erzielen.

RM Hofmann fragt nach dem Grund für die Übersteigerung der angedachten baulichen Gesamtkosten der GS Horchheim.

Herr Heinen schildert, dass man während der Umsetzung des Einbaus der Akustikdecken, massive Schäden bezüglich der Tragfähigkeit des Gebäudes entdeckt habe. Dies wurde erst ersichtlich, nachdem man die alten Decken aufgerissen habe. Ein weiterer Aspekt sei die Preissteigerung innerhalb der letzten Jahre, die in dem Maße nicht eingeplant gewesen wäre.

RM Pilger bemängelt, dass ein Container für die GS Asterstein zu wenig sei, da die Schüler:innen und Lehrer:innen weiterhin auf ein anderes Schulgebäude außerhalb des Schulgeländes ausweichen müssten. Deshalb sollte ein zusätzlicher Container auf dem Schulgelände aufgestellt werden.

Herr Heinen erwidert, dass das ZGM dies möglichst zeitnah prüfen werde und man dafür im Gespräch mit Amt 40 sei.

Beratendes AM Karnath erkundigt sich nach den fehlenden Türöffnern der GS Wallersheim.

Herr Heinen führt an, dass es aufgrund von nationalen und internationalen Lieferengpässen nicht möglich sei, die Türöffner zu bekommen. Man hoffe jedoch auf eine Verbesserung der Lieferzeiten in den nächsten Monaten.

RM Kühnlenthal macht darauf aufmerksam, dass sich im Erdgeschoss der GS Neukarthause nach den abgeschlossenen Baumaßnahmen weiterhin noch unsanierte Duschen und Toiletten befänden. Daher möchte sie wissen, wann bzw. ob eine Sanierung bereits in Planung sei.

Herr Heinen bestätigt eine geplante Instandsetzung im kommenden Jahr.

RM Wierschem hat an einer Begehung der GS Arenberg teilgenommen und möchte mehr über den Fortschritt der dortigen Maßnahmen erfahren.

Herr Heinen erläutert, dass die gesamtheitliche Planung gemeinsam mit ADD und SEG getroffen wurde, jedoch die Aufgabenkosten noch ermittelt werden müssten. Daher werde man sich vor den Sommerferien treffen um das weitere Vorgehen zu besprechen.

Die Vorsitzende betont, wie wichtig es sei, den Sanierungsbedarf und Brandschutzbedarf im Haushalt zu berücksichtigen.

Herr Karbach führt an, dass Vergleichsberechnungen gemacht werden müssten, um zu ermitteln inwiefern sich eine Sanierung der Gebäude lohne, ob man einen Abriss und Neubau in Erwägung ziehen sollte oder noch eine dritte Alternative vorhanden sei.

RM Wierschem kritisiert den schlechten Zustand der Gebäude.

RM Sauer pflichtet dem bei, da sie selber an der Begehung teilgenommen habe und ergänzt, dass die aktuellen Fluchtwege aus Fenstern den Schüler:innen nicht zumutbar seien. Daher müsse sofort gehandelt werden.

Die Vorsitzende wiederholt, dass diese Notwendigkeit genauso im kommenden Haushaltsausschuss vermittelt werden müsse.

RM Bourry möchte wissen, weshalb die zwei Schulcontainer am Hilda-GYM abgeholt werden sollen.

Herr Heinen antwortet, dass während den Baumaßnahmen am S2 Gebäude andere Teile des Schulgebäudes genutzt werden könnten, mit dem Ziel, so wenig wie möglich den Schulbetrieb zu stören. Er ergänzt, dass die Ausschreibung der Sanierung der Umkleidekabine und der WC-Anlage auf dem Schulhof in Vorbereitung sei. Laut Planung solle der Rohbau in der Sommerzeit beginnen.

Hierbei werde darauf geachtet, eine Höherlegung vorzunehmen um einen barrierefreie Toilette zu errichten.

RM Bourry erkundigt sich, wann die Schulhofgestaltung der GS Schenkendorf angedacht sei.  
Herr Karbach erklärt, dass bunte Farbmarkierungen auf dem Schulhof angebracht würden. Man sei in Abstimmung mit dem eigenen Kommunalen Servicebetrieb (EB 70) um möglichst kostengünstig vorgehen zu können. Ein Teil sei schon erledigt worden, wobei die restlichen Arbeiten in den Pfingstferien bei trockenem Wetter und warmen Temperaturen stattfinden sollten, da die Farbe der Bodenmarkierung diese Voraussetzungen für ein schnelles Trocknen benötige.  
Des Weiteren wird gefragt, wann „Kunst am Bau“ wieder nutzbar sei.  
Herr Heinen bestätigt, dass die Fläche ab sofort nutzbar sei.

RM Sauer lobt die erfolgreiche Schulhofgestaltung des Görres-Gymnasiums (GYM) und sieht diese als ein positives Zeichen für andere Schulen.

**Punkt 2: MINT-Region Koblenz**  
**Vorlage: UV/0087/2023**

**Der Ausschuss hat die Angelegenheit**

- abschließend  ungeändert  geändert  ohne Beschlussempfehlung  beschlossen  
 weitergeleitet  z. Kenntnis genommen  abgesetzt  verwiesen  vertagt  abgelehnt  
 einstimmig  mehrheitlich mit \_\_\_\_\_ Enthaltungen und \_\_\_\_\_ Gegenstimmen

**Protokoll:**

Die Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

RM Saneternik fragt, wann die Entscheidung der ADD zum Förderantrag der Sternwarte erwartet werde.

Herr Heinen erläutert, dass man diese Information nach Erhalt der Rückmeldung von der ADD nachreiche. Sollte der Antrag bewilligt werden und die haushälterischen Voraussetzungen gegeben sein, würde das Projekt schnellstmöglich umgesetzt.

RM Sauer merkt an, dass die Liste der Baumaßnahmen von NAWI-Räumen recht lang sei und möchte wissen, ob diese Verstetigung von Seiten der Verwaltung gewollt sei oder mit dem Haushalt zusammenhänge.

Herr Heinen antwortet, dass der Bedarf auf Zuspruch der Schulverwaltung erfolge.

RM Sauer erkundigt sich zudem nach den Kriterien für die Reihenfolge der Abarbeitung.

Herr Karbach erwidert, dass die Bauarbeiten grundsätzlich in weitere Sanierungsmaßnahmen eingebunden würden und man dabei bedarfsgerecht in Absprache mit den Schulen vorgehe.

AM Dobbertin weist darauf hin, dass in der Liste des ZGM falsche Angaben gemacht wurden und man grundsätzlich darüber nachdenken solle, die Räume lieber als multifunktionale Räume zu gestalten.

Herr Heinen entschuldigt sich für die unterlaufenen Fehler und wird die zuständige Sachbearbeiterin um erneute Überprüfung der Liste bitten.

<b>Punkt 3: Projekt Erasmus plus</b> <b>Vorlage: UV/0086/2023</b>
--

**Der Ausschuss hat die Angelegenheit**

abschließend  ungeändert  geändert  ohne Beschlussempfehlung  beschlossen

weitergeleitet  z. Kenntnis genommen  abgesetzt  verwiesen  vertagt  abgelehnt

einstimmig  mehrheitlich mit \_\_\_\_\_ Enthaltungen und \_\_\_\_\_ Gegenstimmen

**Protokoll:**

Die Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

RM Sauer fragt nach, ob man die Laufzeit der Fördermittel verlängern könne, da nur ein geringer Teil der Fördersumme abgerufen wurde.

Frau Ostermann erklärt, dass die Laufzeit der Fördermittel nicht verlängert werden könne und daher der restliche Betrag zurückgezahlt werden müsse.

Die Vorsitzende merkt an, dass der geringe Abruf der Fördermittel hauptsächlich der Corona-Zeit geschuldet sei. Zudem sollten die Schulen diese Zeit nutzen, um mit anderen internationalen Schulen Kontakte zu knüpfen.

RM Sauer möchte wissen, ob man im nächsten Jahr mit derselben Fördersumme rechnen könne. Frau Ostermann erläutert, dass der Mittelabruf im Februar 2024 erfolgen werde und die genaue Summe noch nicht feststehe. Dabei sei es wichtig, zu beachten, dass eine konkrete Planung der schulischen Aktivitäten der nächsten Förderphase für eine möglichst hohe Fördersumme essentiell sei.

Herr Karbach ergänzt, dass die Berufsbildenden Schulen (BBS) nicht Teil des Konsortiums seien und von den 39 Schulen in Koblenzer Trägerschaft erst 3 Schulen dem Konsortium beitraten und drei weitere Schulen den Beitritt am Planen seien.

RM Pilger erbittet Auskunft über die bisherige Informierung der Schulen bezüglich Erasmus plus. Die Vorsitzende weist darauf hin, dass Frau Massion-Schmidt die Schulen bereits mehrfach schriftlich in Kenntnis gesetzt habe und dass Frau Ostermann bei den letzten Schulleitungsrunden das Programm sowie das Konsortium vorgestellt habe. Zudem habe Frau Ostermann eine Präsentation mit allen wichtigen Daten erstellt, die der Niederschrift beigelegt wurde.

RM Bourry interessiert sich für die Praxis und den Blick in die Zukunft des Programms.

AM Dobbertin betont die Wichtigkeit von Erasmus plus für die Schulen. Als Beispiel hierfür führt er das Austauschprojekt „Kobra“ (Koblenz-Bratislava) an, mit welchem man sehr gute Erfahrungen gemacht habe. Gleichzeitig habe die Pandemie viel Schaden angerichtet, der die Aufgaben im pädagogischen Segment in Richtung des Förderbereichs und Schulabbruches verschiebe. Als Schule sei es bisher schwierig gewesen, den administrativen Aufgaben von Erasmus plus in vollem Maße nachzukommen, weshalb es immer wieder zu Problemen käme. So waren die bürokratischen Hürden des Evaluationsberichts einer geförderten Erasmus plus Maßnahme kaum zu bewältigen.

Frau Ostermann erwidert, dass mithilfe des städtischen Konsortiums genau diese Situationen für die Schulen umgangen würden, da die bürokratische Abwicklung in Zukunft bei ihr liege.

AM Müller gibt an, dass die BBS Julius-Wegeler-Schule momentan ein Viertel der Fördersumme des Konsortiums verausgabt habe. Zum Vergleich gebe es eine finnische Schule, mit der man bereits Kontakt habe, welche eine Millionen Euro abgreife. Diese Schule habe einen eigenen Angestellten,

der sich ausschließlich um Erasmus plus kümmere. Daher plädiert er für ein ähnliches Vorgehen der Stadt Koblenz.

Die Vorsitzende betont die Schwierigkeit, überhaupt von der ADD als Konsortium akzeptiert zu werden.

Herr Karbach ergänzt, dass das Verhältnis der Summe zu den Personalkosten beachtet werden müsse und der Stellenplan grundsätzlich vom Haushaltsplan abhängig sei.

AM Gutberlet erinnert daran, dass das Programm viele verschiedene Mobilitätsmöglichkeiten biete, wie beispielsweise eine Orchesterfahrt.

**Punkt 4:            Sichere Schulwege**  
**Vorlage: UV/0085/2023**

**Der Ausschuss hat die Angelegenheit**

abschließend  ungeändert  geändert  ohne Beschlussempfehlung  beschlossen

weitergeleitet  z. Kenntnis genommen  abgesetzt  verwiesen  vertagt  abgelehnt

einstimmig  mehrheitlich mit \_\_\_\_\_ Enthaltungen und \_\_\_\_\_ Gegenstimmen

**Protokoll:**

Die Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

RM Sauer erkundigt sich, wann mit einem Ergebnis zu rechnen sei.

Herr Karbach erläutert, dass die erste Frist um bis zu zwei Wochen verlängert werden könne.

Außerdem plane man gemeinsam mit dem Baudezernat die Verkehrssicherungsmaßnahmen bis Sommer.

Beratendes AM Karnath möchte wissen, inwiefern man auch die Befragung von weiterführenden Schulen im Blick habe. Die Vorsitzende erwidert, dass meistens nur Grundschulkindern ihren kompletten Schulweg zu Fuß gehen können, weshalb diese priorisiert wurden. Andererseits sei man auch an einer Ausweitung auf die älteren Schüler:innen für zukünftige Befragungen interessiert.

**Punkt 5: Sachstand Institut für Sportstättenentwicklung (ISE)**  
**Vorlage: UV/0082/2023**

**Der Ausschuss hat die Angelegenheit**

- abschließend  ungeändert  geändert  ohne Beschlussempfehlung  beschlossen  
 weitergeleitet  z. Kenntnis genommen  abgesetzt  verwiesen  vertagt  abgelehnt  
 einstimmig  mehrheitlich mit \_\_\_\_\_ Enthaltungen und \_\_\_\_\_ Gegenstimmen

**Protokoll:**

Die Vorsitzende verweist auf die Vorlage und der Ausschuss nimmt diese zur Kenntnis.

**Punkt 6: Einführung des Deutschlandticket (49€ Ticket)**  
**Vorlage: UV/0079/2023**

**Der Ausschuss hat die Angelegenheit**

- abschließend  ungeändert  geändert  ohne Beschlussempfehlung  beschlossen  
 weitergeleitet  z. Kenntnis genommen  abgesetzt  verwiesen  vertagt  abgelehnt  
 einstimmig  mehrheitlich mit \_\_\_\_\_ Enthaltungen und \_\_\_\_\_ Gegenstimmen

**Protokoll:**

Die Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

AM Meier macht darauf aufmerksam, dass man in der Vorlage einen wichtigen Hinweis weggelassen habe. Es sollte ergänzt werden: „[...] zum 01.05.2023 allen Schüler:innen, **die bisher antragsberechtigt waren**, dass Deutschlandticket zur Verfügung gestellt wird“. Zudem sei er der Meinung, dass alle Schüler:innen das Deutschlandticket bekommen sollten. Es gäbe bereits jetzt Unmut zu dem Thema - vor allem bei der Elternschaft - aufgrund des finanziellen Nachteils einiger Schüler:innen.

RM Wierschem bestätigt dies und fragt nach, wie hoch die Einsparungen der Stadt Koblenz seien beziehungsweise, ob man die festgelegte km-Grenze herabsenken könne, damit mehr Schüler:innen antragsberechtigt würden.

Die Vorsitzende betont, dass es in der kurzen Zeit bereits als Erfolg zu werten sei, gemeinsam mit dem Verkehrsverbund Rhein-Mosel (VRM) die Deutschlandtickets an Schüler:innen verteilt zu haben. Dies sei bei vielen anderen Kommunen nicht der Fall gewesen.

Herr Karbach ergänzt, dass man aus wirtschaftlichen Gründen umgestellt habe, da man bei einer Fahrkarte im Bereich einer einzigen Tarifwabe bereits die 49 Euro übersteige. Hinzu käme die Tatsache, dass von 20.000 Schüler:innen 4.000 fahrkartenberechtigt seien und man insgesamt 3,5 Millionen Euro für die Schülerbeförderung einplanen müsse. Dies werde allerdings nur mit 2,5 Millionen Euro mittels Landesausgleich querfinanziert.

RM Scherkenbach verweist auf einen Artikel der Rhein-Zeitung, in welchem geschrieben stehe, dass im Kreis Neuwied aufgrund der Einführung des Deutschlandtickets Mehrkosten von nahezu 8 Millionen Euro anfielen.

RM Sauer fragt, ob es schon einen Zeitrahmen gäbe, bis wann sich das Land an der Finanzierung beteilige.

Die Vorsitzende erklärt, dass es noch keine offizielle Rückmeldung vom Land gäbe. Dies sei auch der Tatsache geschuldet, dass der Bund der Initiator des Deutschlandtickets sei und nicht das Land.

<b>Punkt 7: Fragen und Anregungen der Ausschussmitglieder</b>
---

### Der Ausschuss hat die Angelegenheit

abschließend  ungeändert  geändert  ohne Beschlussempfehlung  beschlossen

weitergeleitet  z. Kenntnis genommen  abgesetzt  verwiesen  vertagt  abgelehnt

einstimmig  mehrheitlich mit \_\_\_\_\_ Enthaltungen und \_\_\_\_\_ Gegenstimmen

### Protokoll:

Die Vorsitzende stellt das Ende der Ausschusssitzung fest und fragt, ob es noch Fragen und Anregungen gäbe.

RM Wierschem bemängelt die Tatsache, dass der Anspruch auf Deutsch als Zweitsprache (DaZ)-Kurse nur zwei Jahre gelte. Gerade in Hinblick auf die Corona-Pandemie ab 2020 hätten viele Kurse gar nicht oder nur sporadisch durchgeführt werden können. Deshalb möchte Sie wissen, ob alternative Angebote bestünden, um die Deutschkenntnisse zu verbessern.

AM Müller erläutert die statistische Erhebung an der BBS Julius-Wegeler-Schule: Von den 500 Schüler:innen hätten 17,1 % einen Geflüchteten-Status und 80 Schüler:innen machten dort ein Berufsvorbereitungsjahr (BVJ). Da viele nur geringe Deutschkenntnisse mitbrächten (maximal B1-Niveau), gäbe es keine realistische Chance die Abschlussprüfung der Ausbildung zu bestehen. Dies führe schlussendlich zu viel Frust bei den Schüler:innen.

AM Dobbertin ergänzt, dass zudem nach sonderpädagogischer Überprüfung von 1200 Schüler:innen etwa 600 pandemiegeschädigt seien. Man dürfe die Kinder nicht im Stich lassen, sondern müsse auch im sprachlichen Bereich weiterfördern, weshalb man dies ohne eine statistische Erfassung vornähme.

Die Vorsitzende fügt hinzu, dass die zusätzlichen Feriensprachkurse zur weiteren intensiven Förderung der Deutschkenntnisse gut besucht seien. Außerdem gäbe es weitere Angebote wie zum Beispiel der Internationale Berufsinfortag, bei welchem Ukrainer:innen das deutsche Ausbildungssystem kennenlernen könnten.

RM Pilger spricht sich für ein Jahr mit reinem Sprachunterricht für Nischenausbildungsberufe aus, um einen besseren Start in den praktischen Ausbildungsteil ermöglichen zu können.

AM Müller erläutert, dass Schüler:innen normalerweise ein Recht auf Sprachförderung während der Schulzeit hätten. Dies erlösche jedoch, sobald die Schüler:innen einen Ausbildungsberuf erlernten und somit eine BBS besuchten.

AM Meier kritisiert die momentane Situation an vielen Schulen: Das Abschließen von Schulgebäuden und der Fenster sowie das Ausmachen der Lichter werde momentan vom Reinigungspersonal übernommen – obwohl es eigentlich von den Hausmeistern gemacht werden

sollte.

AM Dobbertin fordert vom ZGM eine einheitliche Behandlung der Hausmeister, welche auch als letzte Person die Turnhallen abschließen sollten.

Die Vorsitzende erklärt, dass es eine Dienstanweisung für Hausmeister vom ZGM gäbe, welche eine bestimmte Dienstzeit von 07:00 bis 15:30 Uhr (Mo-Do) und von 07:00 bis 14:30 Uhr (Fr) vorsehe um die 39 Stundenwoche zu erfüllen. Dieses Thema wäre bereits in der GS Schulleitungsrunde diskutiert und ans ZGM weitergegeben worden.

RM Sauer betont, dass Sportvereine häufig dasselbe Problem hätten und die Auslagerung des Abschließens auf den Schlüsseldienst nicht sonderlich gut funktioniere, da Sachschäden meistens nur vom Hausmeister entdeckt würden. Außerdem seien nicht alle Hausmeister zuverlässig, was zu weiteren Problemen führe.

RM Pilger merkt an, dass grundsätzlich weder die Schulleitung noch andere Kolleg:innen für das Abschließen der Schulgebäude zuständig sein sollten und man dringend eine Lösung finden müsse. AM Müller ergänzt, dass die Hausmeisterstellen teilweise nicht besetzt wären und ein Schlüsseldienst auch zu enorm hohen Zusatzkosten führen würde. Insofern würde man mit einem Hausmeister mehr Geld sparen. Gleichzeitig führt er ein Beispiel an: Im Winter war an manchen Tagen die Tür zur Julius-Wegeler-Schule um 07:00 Uhr noch nicht aufgeschlossen, was dazu führte das Schüler:innen mit einer Anreise von ca. einer Stunde in der Kälte auf den Hausmeister warten mussten. Er plädiert dafür, den politischen Willen zu stärken und so eine Veränderung zu erzielen.

RM Sauer bittet Amt 40 sich mit dem Sport- und Bäderamt (Amt 52) in Verbindung zu setzen und eine Besprechung mit den Beteiligten zu initiieren.

AM Dobbertin gibt an, dass es Probleme mit dem Zeitwirtschaftssystem TIME gäbe. Das System ermögliche eine Zeitberechnung für die Sekretärinnen ausschließlich von 07:00 bis 16:00 Uhr, was nicht die alltäglichen Arbeitszeiten widerspiegele.

Die Vorsitzende bestätigt, dass dieses Thema auch in der GYM Schulleitungsrunde besprochen worden sei.

AM Dobbertin erklärt, dass es inzwischen drei verschiedene Gremien zum Thema Schulabsentismus gäbe (ADD/Jugendamt/Schulpsychologen, Jugendberufsagentur, Netzwerk Kindeswohlgefährdung). Daher bittet er um eine Vernetzung der Gremien bis zum nächsten Schulträgerausschuss sowie die Mitnahme in den Jugendausschuss, um einen besseren Informationsaustausch zu ermöglichen.

Die Vorsitzende will dieser Bitte nachkommen und fügt hinzu, dass bereits ein Antrag der Bildungskommune in Planung sei um weitere Stellen zu schaffen und eine effizientere Kommunikation und Vernetzung zu erreichen.

Die Vorsitzende bedankt sich für die Teilnahme der Mitglieder und beendet die Sitzung um 17:46 Uhr.

**Die nächste Sitzung findet am 27.09.2023 um 18:00 Uhr im Rathaussaal 103 (RHI) statt.**

Für die Niederschrift:

---

PD Dr. Margit Theis-Scholz  
Vorsitzende

---

Maria Schmengler  
Kultur- und Schulverwaltungsamt